



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 209 51/52

Hannover, Georgstraße 33
31. Mai 1950

P/V/123

Hinweise

auf den Inhalt:	Krise in Espelkamp - Enttäuschung in der Flüchtlingssiedlung	S.1
	Finnlands politisches Problem - Von Karl August Fagerholm	S.4
	Zusammengebrochene Hetze - Zur Dahlbusch- Katastrophe	S.5
	Stalins Salonwagen	S.7
	Glückwunsch an Louis de Broekere	S.7

Krise in Espelkamp

Vorschusslorbeeren und enttäuschte Flüchtlinge
(Bericht unseres sp-Sonderberichterstatters)

Das mit grossem Optimismus und vielen Vorschusslorbeeren in Angriff genommene Projekt Espelkamp in Westfalen, das durch Umwandlung der Gebäude der früheren Munitionsanstalt in eine Siedlung mit ausreichender Industrie Heimkehrern und Flüchtlingen neue Lebensmöglichkeiten geben soll, befindet sich in einer Krise. Warum bekommen wir in Espelkamp kein Geld? Diese Frage beschäftigt in zunehmendem Masse die über 1000 Flüchtlinge.

Die Antworten fallen verschieden aus. Man ist aber auf allen Seiten sehr misstrauisch geworden, nachdem die bisher zugesagten Kredite nicht freigegeben wurden. Denn was bedeutet es, wenn seit der Gründung der Aufbaugemeinschaft Espelkamp am 4.10.1949 ganze 80.000 DM für den Aufbau von Industrie und Handwerksbetrieben bewilligt wurden. Als Sofortbedarf hatte man hierfür fast 800.000 Mark angemeldet und der Kreditbedarf für Industrie und Handwerk für das gesamte Projekt wird auf mindestens 3 Mill. DM geschätzt.

Bei den bisher neu angesiedelten Industrie- und Handwerksbetrieben handelt es sich fast durchweg um Unternehmungen von Flüchtlingen, die in den früheren ostdeutschen Gebieten ihre Heimat hatten. Sie bringen ihre Erfahrung, ihren Fleiss, ihr Können und ihren Mut zum Neuanfangen mit. Das allein aber genügt nicht. Man muss ihnen eine Chance geben und das bedeutet unter den heutigen Verhältnissen in erster Linie Geld.

In Espelkamp haben aber bereits eine Möbeltischlerei, die 35 Leute beschäftigte und zwei Handwerksbetriebe wieder Pleite gemacht. Woran krankt die bisherige Kreditgebung? Die einen sagen, am mangelnden guten Willen und auch an Verständnis bei den oberen Instanzen. Die anderen meinen, es liege an der bürokratischen Schwerfälligkeit des Kreditapparates, -wieder andere sind der Ansicht, entscheidendes Hindernis sei die von den Banken geforderte Sicherheitsgarantie von 60 Prozent bei Krediten über 30.000 DM. Ein Kredit brauche, so versichert man, von der Beantragung über die verschiedenen Ausschüsse der unteren und mittleren Instanz ein knappes Jahr bis zu endgültigen Genehmigung. Und dann ist als zweite Hürde die Sicherheitsgarantie der Hausbank zu nehmen. Welcher Flüchtling oder Heimkehrer, der sich einen neuen Betrieb aufbauen will, kann eine 60-prozentige Sicherheitsgarantie in Form von Maschinen, Gebäuden etc. geben? Sie besitzen ja alle nichts als ihre Arbeitskraft.

In den Hallen Espelkamps haben sich bisher acht kleinere Firmen niedergelassen. Ihre Arbeiterzahl schwankt zwischen 30 und 100-Mann: Betriebe für die Herstellung von Möbel, Eisen, Metallwaren, Zementwaren, Autopolster aus Gummi, Zigarren. Ausserdem gibt es etwa 12 bis 15 Handwerks- und kleinere Verkaufsgeschäfte.

Ein besonderes Sorgenkind ist die Papierfabrik, die bisher immer noch nicht ihre Arbeit aufnehmen konnte. Die Papierherstellung ist besonders kapitalintensiv - ein Kredit von mindestens 250.000 DM ist erforderlich. Der Inhaber, ein Papierfachmann, aus Posen, hat aufgrund einer festen Kreditzusage im vergangenen Jahr eine Halle ausgebaut und ein paar kleinere Maschinen gekauft. Das alles in der Hoffnung, dass die zugesagten 250.000 DM kommen würden. Er wartet aber heute noch. Nicht nur er, sondern auch die leitenden Herren der Aufbaugemeinschaft scheinen zu zweifeln, dass der zugesagte Kredit überhaupt genehmigt wird. Nach kurzer Anlaufzeit könnten hier 70 feste Arbeitsplätze geschaffen werden. Auch die Gutachten von zwei Papierschwerständigen über die Erfolgsaussichten des Unternehmens lauten sehr günstig.

Der Inhaber eines anderen Unternehmens beklagte sich über die mangelnden Betriebsmittellkredite. Wie könne man auf die Dauer konkurrenzfähig bleiben, wenn man seinem Kunden keine längeren Zahlungsziele einräumen kann? Dadurch würde seinem Betrieb langsam aber sicher die bisher gute Verbindung zu seinen Kunden untergraben. Er hat schon einige Arbeiter entlassen müssen, weil er über diese Kreditklemme nicht hinweg kam. Die Gummi-Haarspinnerei, die als wirtschaftlich besonders aussichtsreich gilt, könnte ihre Produktion und damit ihre Arbeiterzahl ver-

doppeln. Alle Erweiterungsprojekte scheiterten aber ebenfalls an dem Mangel an Geld.

Auch im Wohnungsbau hat man mit beträchtlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bisher wurden 40 Wohnungen durch den Ausbau von kleineren Hallen errichtet. Die Ausstattung der Räume mit Möbeln und Hausrat lässt grösstenteils noch sehr zu wünschen übrig. Die Unterstützung aus der Soforthilfe ist keineswegs ausreichend. Die von der westfälischen Heimstätte gebauten Siedlungshäuser, die im Juni bezogen werden und je 16.000 DM kosten sollen, werden von vielen als zu teuer bezeichnet. Die bisherigen Beihilfen für den Wohnungsbau und die Möbelbeschaffung waren zu gering und auch der zuständige parlamentarische Ausschuss in Düsseldorf soll festgestellt haben, dass der Kreis Lübbecke allein die Mittel nicht aufbringen könnte, sondern dass hier dringende Abhilfe durch höhere Instanzen dringend notwendig sei.

Es ist sehr bedauerlich, dass die Energie und der Lebenswille der Flüchtlinge in Espelkamp so harten Belastungen ausgesetzt sind. Ihre bisherigen Leistungen wären jedenfalls einer besseren Anerkennung und Unterstützung würdig.

- o - o -

"Verbesserung der Versorgung"

sp. "Ab sofort können auf 75 g Nahrungsmittelmarken zwei weisse Brötchen bezogen werden. Das Ministerium für Handel und Versorgung hat alle Preisämter angewiesen, die zur Durchführung dieser Anordnung erforderlichen Massnahmen sofort zu treffen." Dies Zitat ist wörtlich aus der mitteldeutschen Tageszeitung "Freiheit" in Halle an der Saale (13. Mai 1950) übernommen. Die "Freiheit" fand dazu die sinnige Überschrift: "Eine weitere Verbesserung der Versorgung".
Ein Kommentar scheint uns überflüssig.

- o - o -

Finnlands politisches Problem

Von Karl August Fagerholm

sp. In der Übertragung unseres skandinavischen Korrespondenten K.V. bringen wir im Auszug einen Artikel von Karl August Fagerholm über das heutige Problem der finnischen Politik. Der frühere sozialdemokratische Regierungschef äussert sich darin über die Entwicklung der finnischen Politik seit der Bildung der Bürgerblockregierung.

Als die sozialdemokratische Regierung am 1. März 1950 abging, hoffte man überall im Lande auf die Bildung einer Majoritätsregierung. Vor allem hätte eine solche Regierung sich auf die Zusammenarbeit von Sozialdemokraten und Agrariern stützen müssen. Die sozialdemokratische Regierung war nicht durch ein Misstrauensvotum gestürzt worden. Sie hatte sich traditionsgemäss bei Beginn der neuen Präsidentschaftsperiode freiwillig zurückgezogen. Man hätte glauben sollen, dass es eine ganz natürliche Sache gewesen wäre, eine Regierung zu bilden, der auch die Sozialdemokratie angehört hätte.

Die Reichstagsgruppe der Agrarpartei nominierte den Präsidentschaftskandidaten Dr. Kekkonen zum Chef der Regierung. Das war keine Überraschung. Überraschend war das Übereinkommen Dr. Kekkonens und des Staatspräsidenten Paasikivi, dass die Kommunisten in die Regierung eintreten sollten. Auf sozialdemokratischer Seite begann man skeptisch zu werden und da Dr. Kekkonen keine Sozialdemokraten ohne Kommunisten in seiner Regierung wünschte und nicht schnell genug zum Ziele kam, bildete er nach Rücksprache mit dem Staatspräsidenten eine bürgerliche Koalitionsregierung. Die Sozialdemokraten bereiteten sich auf die Rolle einer loyalen Opposition vor.

Leider dauerte es nur wenige Tage, bis die neue Regierung die Sozialdemokraten zwang, scharf zu reagieren. Die Regierung erklärte, eine Steuererhöhung sei notwendig. Gleichzeitig müssten die Preise für Benzin und Zucker erhöht werden und auch der Preis für den freien Kaffee, der bereits hoch besteuert war. Die Preiserhöhungen wurden auch sogleich durchgeführt und die Vorschläge auf Steuererhöhung dem Reichstag zugeleitet. So entstand eine Inflationsstimmung unter der Bevölkerung.

Zur selben Zeit stand die Frage der Löhne in der Schwebe. Verhandlungen über einen neuen Rahmentarif scheiterten. Die Panikpropaganda der Regierung hatte ein Gefühl der Unsicherheit hervorgerufen, das auf beide Partner übergriff. Als die Gewerkschaftsleitung als letzte Warnung den Generalstreik proklamierte, um endlich zu einer Lösung

zu gelangen, herrschte eine düstere Stimmung im Lande. Die Regierung lud zu neuen Lohnverhandlungen ein, aber es zeigte sich bald, dass die Einigungsmöglichkeiten minimal waren.

Nach Abbruch der Verhandlungen waren Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände auf die originelle Idee verfallen, mich zum Schlichter auszuersuchen. Es war gewiss eine delikate Aufgabe, aber sie glückte doch. Die Regierung wurde ersucht, zum Schlichtungsvorschlag Stellung zu nehmen. Dies geschah auch und der Vorschlag wurde erst nach ausdrücklicher Zustimmung der Regierung von beiden Seiten akzeptiert.

Es gab leider ein Nachspiel. Kurz nach der Einigung gab Regierungschef Dr.Kekkonen ein Interview, in welchem er unbeschwert mitteilte, dass die Regierung an diesem Vorschlag überhaupt keinen Anteil habe. Diese Behauptung erregte grosses Aufsehen und erforderte eine scharfe Erwiderung meinerseits. Auch von den Arbeitgebern wurde mitgeteilt, dass die Regierung hinter dem Vorschlag stehe. Hier ist ein Verhalten sichtbar geworden, welches bewirkt, dass wir Sozialdemokraten ein wenig vorsichtig sind, wenn es sich um Dr.Kekkonen handelt.

Die Stellung der Regierung ist nicht stark. Auf allen Seiten ist das Misstrauen gross und es sieht sogar so aus, als wenn man nicht einmal innerhalb der Agrarpartei mit den ersten beiden Monaten der Regierungstätigkeit zufrieden sei. Das einzig Richtige wäre, eine Regierung zu bilden, wie sie vor zwei Monaten hätte gebildet werden sollen: eine Koalition zwischen Sozialdemokraten und Agrariern. Doch will Dr.Kekkonen nichts von einem solchen Vorschlag wissen und vorläufig hat er noch die Mehrheit seiner Reichstagsfraktion hinter sich. Es ist ein Unglück für das Land, das dem so ist. Und solange es so bleibt, müssen wir mit einer politischen Hochspannung in Finnland rechnen.

- o - o -

Zusammengebrochene Hetze

Der KP ist jedes Mittel recht

Man schreibt uns aus dem Ruhrgebiet:

Noch bevor die parlamentarische Untersuchungskommission zu einem Spruch über die Ursachen der Grubenkatastrophe von Dahlbusch VI gelangt war, begann die KP über den offenen Särgen der 77 toten Bergleute eine wüste Hetze, die sich direkt gegen das zuständige Bergamt und die Grubenleitung richtete, indirekt aber und in Flüsterparolen auf die

Leitung der Industriegewerkschaft Bergbau in Bochum ausgedehnt wurde. Diese, so hiess es, habe sich der seit der Lohnerhöhung im Frühjahr verschärfsten Antreiberei der Grubenleitungen trotz aller Warnungen der KP nicht widersetzt und sei somit mitschuldig geworden. Offen wagte man das freilich nicht auszusprechen und begnügte sich mit einem Antrag der KP-Landtagsfraktion auf sofortige Verhaftung leitender Zechen- und Bergbaubeamter. Im Kampf gegen die Demokratie ist der KP jedes Mittel recht. Sehr bald nach dem Unglück sprach die parlamentarische Untersuchungskommission, die unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten Paul Steinert sogleich an der Unglücksstelle alle notwendigen Feststellungen traf, die leichtfertig Angeklagten "von jeder subjektiven und objektiven Schuld" frei.

Detaillierter aber ist ein Bericht des Betriebsrates, der dem ersten IG-Bergbauvorsitzenden, August Schmidt, inzwischen zugegangen ist und der im einzelnen die kommunistischen Anschuldigungen widerlegt. Danach steht nunmehr fest, dass Grubengase im fraglichen Bereich seit November 1949 nicht mehr festgestellt worden sind, während die KP-Presse behauptete, bereits Tage vor dem Unglück seien Bergleute aufgrund der starken Gasansammlungen ohnmächtig geworden. Auch ein Vertreter der Schiessemeister, Heinrich Albert, gab zu Protokoll, dass ihnen im Gegensatz zu den kommunistischen Behauptungen von Gasansammlungen nichts bekannt war und dass sie sich infolgedessen auch nicht geweigert hätten, Sprengungen vorzunehmen. Die Temperaturen im fraglichen Abbaugang waren seit September 1949 auf 25 bis 26 Grad, also unter der erlaubten Höchsttemperatur von 28 Grad gehalten worden. Von einer anormalen Hitze kann also keine Rede sein. Dabei hatte die KP insofern besonderes Pech, als unmittelbar vor der Explosion am Samstag morgen ausgerechnet ein kommunistisches Betriebsratsmitglied die Strecke nach Grubengas ableuchtete und frei fand.

Zu den politischen Punkten der KP-Beschuldigungen, die indirekt auch gegen die Gewerkschaften wegen mangelnden Eingreifens gerichtet werden, stellt der Betriebsrat ebenfalls mit Einschluss seiner kommunistischen Mitglieder fest, dass die Grubenleitung den Betriebsrat in seiner Tätigkeit nicht behindert habe. Und ebenso sei es unwahr, dass Zeche Dahlbusch schlechte Löhne gezahlt habe. Eine Untersuchung der Gewerkschaftsleitung hat nach Aussagen von August Schmidt vielmehr ergeben, dass die durchschnittlichen Heuerlöhne im März bei 15,10 DM, im April bei 14,80 DM und damit über dem Tarif lagen. Von allen Sachverständigen wird schliesslich erklärt, dass Abbaustrecken

von 300 m Länge keineswegs anormal seien und deshalb auch diese Anlagen der KP ungerechtfertigt sind. Mit starker Betonung erklärte der Betriebsratsvorsitzende von Dahlbusch auf der Trauerfeier am Donnerstag: "Wir klagen nicht an". Somit ist nichts übrig geblieben von dieser Hetze, die nur die Gedanken von den 1,5 Mill. verschwundener deutscher Kriegsgefangener und Internierter in Russland ablenken sollte und von den schweren politischen Niederlagen, welche die KP in diesem Jahr im Ruhrgebiet erlitten hat.

- o - o -

Stalins Salonzug aus den "Tatra"-Werken

sp. Anlässlich der von der tschechischen Bevölkerung mit gemischten Gefühlen aufgenommenen Feierlichkeiten zur Wiederkehr des Tages der Befreiung durch die Russen überreichte die Prager Regierung Stalin ein kostbares Geschenk der tschechischen Industrie. Die Skoda-Werke stellten dazu ihre bisher modernste auf "Freundschaft" gebaute Lokomotive und die Prager Waggonwerke "Tatra" einen Salonwagen, der es im wahrsten Sinne des Wortes in sich hat. Der eigentliche Salon des Wagens ist 10 m lang. Auf einem Seitentischchen steht der Rundfunkapparat und der Samovar, auf der anderen Seite ein eleganter Sekretär, ein Barschränkchen. In den Sekretär eingebaut sind kostbar eingelegte Behälter für Rauchzeug und zarte Moccotassen. Die Heizung ist mit von aussen kontrollierbarer Klimaanlage ausgestattet; sie kann auf dreierlei Art erfolgen: durch Strom, Dampf und Warmwasser. Vom Salon aus tritt man zuerst in das Schlafzimmer und von hier aus ins Bad, auf der anderen Seite ist der Ausgang mit dem Arbeitsraum des Privatsekretärs und die elektrische Küche. Bei der Probefahrt wurden auf den Tisch im Salon einige mit Wasser vollgefüllte Gläser gestellt, aus denen aufgrund der sorgfältigen Federung nicht ein Tropfen verschüttet worden sei, wie die tschechische Presse stolz vermerkt.

(b/B81/2/315/hs)

- o - o -

Glückwunsch an Louis de Broekere. (sp.) Die SPD sandte folgendes Telegramm an Louis de Broekere, Brüssel, anlässlich seines 80. Geburtstages: Die deutsche Arbeiterbewegung grüsst Sie heute als aufrechten Kämpfer der Sozialistischen Internationale, der auch in den schwierigsten Zeiten stets ein Vorbild für die Ideale der internationalen Solidarität und des Sozialismus gewesen ist. Zu Ihrem 80-jährigen Geburtstag sendet Ihnen die allerherzlichsten Glückwünsche

Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Dr. Kurt Schumacher,
Frich Ollenheimer

Verantwortliche Partei